

# Hintergründe, Verursacher und Opfer der Finanzkrise

**Arbeitszeitverkürzung  
notwendig**

Massenarbeitslosigkeit  
und Lohnverfall

**Arbeitsqualität**

aus der Sicht  
junger Beschäftigter  
unter 30 Jahren



**Qualifizierung von  
AusbilderInnen**

Was bringt die Aus-  
bildung zum  
Fachpädagogen

## Inhaltsverzeichnis

### 2 Impressum

### 3 Kompetenzbeschreibung statt Noten

die IG Metall fordert schon lange Handlungs- und Prozessorientierung

### 4 Arbeitszeitverkürzung notwendig

ohne Arbeitszeitverkürzung gibt es weiterhin Massenarbeitslosigkeit und Lohnverfall

### 6 Hintergründe, Verursacher und Opfer der Finanzkrise

kann die Krise Auswirkungen auf uns ArbeitnehmerInnen haben

### 8 Qualifizierung von AusbilderInnen

was bringt die Ausbildung zum Fachpädagogen für die Praxis

### 10 Lesen, was sonst?

Fangen wir wieder intensiv an zu lesen und uns umfassend zu bilden

### 11 Arbeitsqualität

aus Sicht von jungen Beschäftigten unter 30 Jahren

### 12 Roter Teppich für Heuschrecken

Immer geht es um abenteuerliche Rendite

### 15 Lesetipps

der letzte Tag des Präsidenten  
die Warnung  
Erinnerung an die Toten

## Impressum

### Kontakt

Detlev Bohlmann  
IG Metall Hamburg  
Besenbinderhof 60 (Ebene 12)  
20097 Hamburg  
Tel.: 0 40/28 58-539  
Fax: 0 40/28 58-560  
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de

### Erscheinungsmonat

Dezember 2007, 30. Jg.

### Redaktion

Thomas Feldmann und Gerd Labusch  
Tel.: 0 40/4 30 25 88  
Betrieb Tel.: 0 40/6 45 81-231  
Fax: 0 40/6 45 81-770

### Gestaltung

Britta Tralau, Hamburg

### Druck

Druckerei Zollenspieker Kollektiv GmbH  
21037 Hamburg

### V.i.S.d.P.

Eckard Scholz  
IG Metall

### Abo:

Wer forum zukünftig zugeschickt bekommen möchte, wende sich mit Angabe der Stückzahl und Adresse an Gerd Labusch.  
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de  
Für Mitglieder der IG Metall versenden wir forum kostenlos, für alle Anderen gegen Erstattung der Versandkosten.

# Kompetenzbeschreibung statt Noten

Am Donnerstag, 22. 11. 2007 heißt es im Hamburger Abendblatt „Schul-Versuch: CDU will Zensuren abschaffen“. Einige werden sich da verduzt die Augen gerieben haben und sich fragen, was ist denn da passiert. Ist die CDU jetzt revolutionär geworden oder ist sie nur schlicht und einfach durchgeknallt. Bürgerschaftswahl ich höre die Signale. Doch lassen wir das alles einmal bei Seite und schauen uns an, was wirklich passiert ist.

Tatsächlich ist die CDU einmal dem gefolgt, was wir als Gewerkschaften und speziell die IG Metall in der Berufsbildung schon sehr lange fordert.

## »in der betrieblichen Realität ist ganzheitliches Wissen gefragt«

In den neuen Ausbildungsverordnungen sprechen wir von Handlungsorientierung, Prozessorientierung und fordern, dass nicht mehr das reine Fachwissen in den Mittelpunkt der Ausbildung und der Prüfungen gestellt wird. In der betrieblichen Realität ist diese Kompetenz, nämlich das sogenannte ganzheitliche Wissen, gefragt, wo bekomme ich die notwendigen Informationen, wie bringe ich meine Fähigkeiten in einen komplexen Gesamtprozess ein, wie stimme ich mich mit den anderen Bereichen sinnvoll ab und vieles mehr. Zensuren auf einzelne klar abgegrenzte Fächer haben uns da nie weitergeholfen. Vielmehr kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Noten immer weniger Aussage-

kraft haben, da wir gar nicht wissen, worauf sie sich beziehen.

Wer hört sie nicht die Aussagen: Unsere SchülerInnen werden immer dümmer, sie können nicht schreiben und nicht rechnen. In der Ausbildung soll ich das jetzt alles gerade rücken. Doch wo ist beschrieben, was die SchülerInnen nun eigentlich können. Mit dem Rechner können sie meistens besser umgehen als wir und wenn wir ihnen Aufgaben im richtigen Umfeld geben, sind wir oft erstaunt, wie gut sie diese bearbeiten.

In dem Artikel des Abendblattes ‚Schulversuch: Opposition begrüßt Kurswechsel‘ heißt es: „Im Kern bedeutet das: Nicht mehr das Abfragen des ‚gepaukten‘ Wissens soll im Vordergrund der Leistungsbewertung stehen, sondern Fähigkeiten und Fertigkeiten, die die Schüler im Unterricht erwerben.“ Kommt einem doch irgendwie bekannt vor, oder? Es ist nämlich die Formulierung, die sich auch in den Ausbildungsordnungen wieder findet. Weiter heißt es: „In der Wissensgesellschaft geht es mehr und mehr darum zu wissen, wie man sich Informationen beschafft.“ Auch das dürfte bekannt vorkommen.

## »in der Wissensgesellschaft geht es darum zu wissen, wie man sich Informationen beschafft«

Als GewerkschafterInnen sollten wir diese Entwicklung in der Schule ausdrücklich begrüßen und positiv begleiten. Einigen von uns dürfte es jedoch schwer fallen, sich sofort und ohne Einschränkung darauf einzulassen. Selber sind wir durch die harte Schule der Noten gegangen. Wer erinnert sich nicht mehr an die 5 in Mathe, die 6 in Englisch und die 1 in Sport. War doch alles gar nicht so schlimm und geschadet hat es mir nicht. Doch hat es mir tatsächlich

genutzt? War ich gut motiviert, wenn ich zum zweiten oder dritten Mal meine 5 bekommen habe. Konnte ich für mich erkennen, welche Kompetenz in z.B. Mathematik ich erworben habe, trotz der 5. Wahrscheinlich doch eher nicht. Einen halben Liter Milch kann ich gut kaufen, steht ja drauf, aber bei einem Rezept mit 3/8 Liter Milch hört es oftmals schon auf.

## »Berufsbildung enger mit der Allgemeinbildung verknüpfen«

Welche Kompetenz habe ich da nun in Mathematik erworben? Der Anfang einer sinnvollen Veränderung ist getan. Nun müssen diesem Anfang auch die entsprechenden Taten folgen. Jetzt geht es darum, diese Kompetenzen sinnvoll zu beschreiben und in ein nachzuvollziehendes Bewertungsschema einzubetten.

Aller Anfang wird schwer sein, das sehen wir in der Berufsbildung tagtäglich. Doch jetzt sollten wir die Chancen beim Schopfe ergreifen und endlich die Berufsbildung enger mit der Allgemeinbildung verknüpfen. Dumm geboren wird keiner, dumm wird man gemacht. Das war einer unserer Parolen in den 60iger und 70iger Jahren. Die Auszubildenden sind nicht dümmer als früher, sie sind anders. Vielleicht kommen wir ja aus dem Staunen nicht mehr raus, wenn wir erleben, welche Kompetenzen sie haben und wir auf diese positiv aufbauen können.

In diesem Sinne lasst uns gemeinsam daran arbeiten, diesen positiven Impuls für die SchülerInnen und die Auszubildenden zu nutzen.

---

REDAKTION

# Arbeitszeitverkürzungen notwendig

**Ohne Arbeitszeitverkürzungen gibt es weiterhin Massenarbeitslosigkeit und Lohnverfall**

Es gibt in der Ökonomie ein paar einfache Gesetzmäßigkeiten. Liegt an Märkten ein Überschussangebot vor, so sinken die Preise der dort gehandelten Waren. Übertragen auf Arbeitsmärkte kommt es auch hier bei vorliegendem Arbeitskräfte-überschuss zu einem Lohnverfall.

Seit Mitte der 1970er Jahre liegt in unserem Land Massenarbeitslosigkeit vor, die durch die Wiedervereinigung einen nochmaligen Niveauanstieg erfuhr. So kann es in Folge allenfalls einen ökonomischen Laien verwundern, wenn die reale, also inflationsbereinigte, Lohnentwicklung hinter der Produktivitätsentwicklung zurück bleibt. Es demnach zu einer Umverteilung von unten nach oben kommt bzw. die gesamtwirtschaftliche Lohnquote sinkt. 1975 lag die Summe aller ArbeitnehmerInneneinkommen (inkl. der Sozialbeiträge der ArbeitgeberInnen) bezogen auf das verteilbare Volkseinkommen noch bei 75,2%. Im Jahr 2006 nur noch bei 65,5%. Dies ist ein Rückgang um 9,7 Prozentpunkte.

Bei so lange vorliegender Massenarbeitslosigkeit kann es auch nicht verwundern, dass immer mehr atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse entstanden sind und weiter entstehen, die vom Normalarbeitsverhältnis mehr oder weniger abweichen. Basiert ein Normalarbeitsverhältnis auf

Vollzeit und einer unbefristeten sowie sozialversicherungspflichtigen Stelle, so gilt dies mittlerweile für gut ein Drittel aller ArbeitnehmerInnen in Deutschland nicht mehr. Sie arbeiten in Teilzeit, Minijobs, auf befristeten Stellen oder als LeiharbeiterInnen, häufig zu Arbeitsbedingungen mit Prekariätatlöhnen – das sind weniger als zwei Drittel des Medianlohns pro Stunde. Eine Studie der WSI-Forscher Hartmut Seifert und Wolfram Brehmer hat gezeigt, dass 2005 rund 31% der atypisch Beschäftigten unter dieser Prekariätsschwelle von 9,95 Euro im Westen und 7,49 Euro im Osten gelegen haben. Niedrige Löhne bewirken bei den Betroffenen dann noch eine weitere ökonomische Gesetzmäßigkeit: Um die Einkommensverluste auszugleichen bieten die abhängig Beschäftigten mehr Arbeitsangebot an, so dass es hierdurch bei schon bestehendem Überschussangebot zu einem weiteren Lohnverfall kommt. Man nennt dies unter ÖkonomInnen eine anormale Arbeitsangebotsreaktion. Im Ergebnis ein Teufelskreis.

Die UnternehmerInnen sind jedenfalls bei einem Arbeitskräfteüberschuss in der komfortablen Situation bei niedrigsten Löhnen zwischen Arbeitskräften breit auswählen zu können. So überrascht es nicht, dass bei relativen Verknappungen auf Teilarbeitsmärkten, bei insgesamt weiter vorliegender Massenarbeitslosigkeit,

sofort der Ruf nach der Politik erschallt. Zuwanderung, sonst allgemein im ArbeitgeberInnenlager verpönt, ist dann auf einmal kein Problem mehr. Man akzeptiert eben keine Lohnsteigerungen auf Grund von Verknappungen an Arbeitsmärkten.

Vollbeschäftigung, so stellten schon Michal Kalecki 1943 und Joan Robinson 1949 fest, schwächt die Macht der UnternehmerInnen und stärkt die der ArbeitnehmerInnen bzw. ihre Gewerkschaften. Dass es unter solchen Bedingungen von nicht bekämpfter Massenarbeitslosigkeit und Lohnverfall zu einer sich schließlich immer mehr spaltenden Gesellschaft in arm und reich kommt, ist dann allenfalls noch eine triviale ökonomische Ableitung bzw. Feststellung.

Nur durch eine Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit kann diese unheilvolle und sozio-ökonomisch gefährliche Entwicklung zum Stoppen gebracht werden. Ansonsten wird der Druck auf die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften nicht schwinden und sie müssen immer weitergehende Zugeständnisse an Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Bezahlung machen. Es ist heute schon fast die Regel, dass Unternehmensleitungen die Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich zur Erhöhung der Profitrate verlängern, wo doch genau das Gegenteil, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeiten das Gebot der Stunde ist. Natürlich

## ArbeitnehmerInneneinkommen

bezogen auf das verteilbare Volkseinkommen

1975

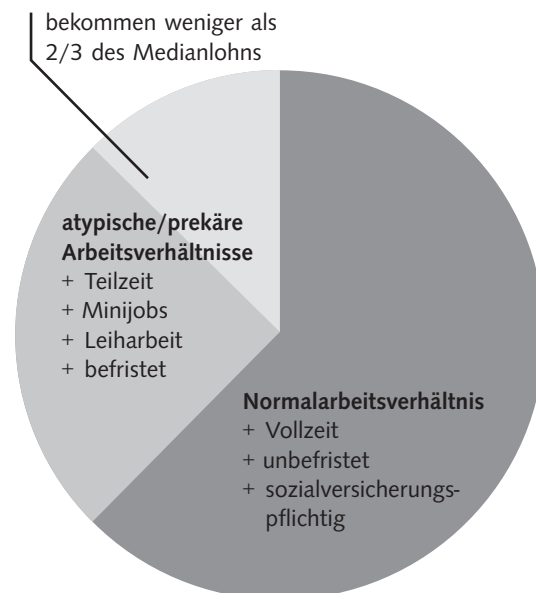
2006

klafft hier ein kapitalistisch immanenter Widerspruch zwischen Einzel- und Gesamtwirtschaft. Und auch viele Beschäftigte in den Unternehmen, die in der Vergangenheit verstärkt Realeinkommensverluste haben hinnehmen müssen, sind nicht – auch nicht in Solidarität mit den Arbeitslosen – an Arbeitszeitverkürzungen interessiert. Sie glauben aus Erfahrungen, dass Arbeitszeitverkürzungen zu Intensivierungen ihrer Arbeit führen, weil es nicht zu entsprechenden Personaleinstellungen kommt und vor allen Dingen glauben sie nicht daran, dass die Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich stattfinden. Dies macht es den Gewerkschaftsspitzen so schwer, die unbedingte Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen der Basis in den Betrieben zu vermitteln. Hier hilft nur ökonomische Aufklärungsarbeit und Schulung. Wie oben aufgezeigt, müsste es eigentlich jedem klarzumachen sein, dass nur eine massive Verknappung der Arbeit dazu führen kann, die realen Löhne und Gehälter wieder in Einklang mit der Produktivität zu bringen. Ohne allgemeine (kollektive) Arbeitszeitverkürzungen wird dies den Gewerkschaften aber nicht mehr gelingen.

Arbeitszeitverkürzungen können bei vollem Lohnausgleich vorgenommen werden. Der Lohnsatz muss und kann hier gemäß der Produktivitätsrate steigen, damit das absolute Monats- oder Jahreseinkommen plus Inflationsausgleich konstant bleibt. Für diesen ‚Verzicht‘ auf ein steigendes reales Einkommen arbeiten die Beschäftigten dann aber auch weniger und gewinnen an persönlicher Zeitsouveränität. Würde in diesem Kontext die volle jeweils realisierte Produktivitätssteigerung für

eine Arbeitszeitverkürzung verwendet, so wäre die Arbeitszeitverkürzung für die ArbeitgeberInnen stückkostenneutral, d. h., die Stückgewinne würden in Höhe der Produktivitätsrate verteilungsneutral ansteigen. Hierdurch blieben die gesamtwirtschaftliche Gewinnquote und damit die Lohnquote konstant. Es gibt also keinen Grund, warum die Arbeitszeit nicht bei vollem Lohnausgleich in Höhe der jährlichen Produktivitätssteigerungen verkürzt werden soll. Bei einer realistischen durchschnittlichen Produktivitätssteigerung von jährlich 2% könnte die wöchentliche Arbeitszeit bis 2020 auf gut 28 Stunden reduziert werden. Der effektive Beschäftigungseffekt bei einer zugrundegelegten arbeitszeitinduzierten Produktivitätssteigerung von 30% würde so rund 5,5 Millionen zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse schaffen.

Man könnte aber auch eine andere Rechnung aufmachen. Diese setzt auf Umverteilung von oben nach unten. Wollte man hier auf Basis der im Jahr 2006 vorliegenden jahresdurchschnittlich registrierten Arbeitslosenzahlen (4 487 000) und der gegebenen funktionalen Verteilung des Volkseinkommen in Höhe von fast 1,7 Billionen Euro zwischen Kapital und Arbeit rein rechnerisch durch eine Arbeitszeitverkürzung alle Arbeitslosen in Lohn und Brot bringen, ohne dass die abhängig Beschäftigten, die in Arbeit sind, sich an der Finanzierung beteiligen würden, so hätte die Bruttogewinnquote 2006 von 34,4% auf 23,3% zurückgehen und entsprechend die Bruttolohnquote von 65,5% auf 76,7% ansteigen müssen. Auch dies wäre also ökonomisch machbar bzw. finanzierbar. Die Lohnquote würde nur etwas über



den Wert von 1980 mit damals 75,2% liegen, dem Beginn der seither massiv betriebenen neoliberalen Umverteilung zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen. Außerdem würde die Gesellschaft mit den heute anfallenden direkten und indirekten Kosten der Massenarbeitslosigkeit von ca. 85 Milliarden Euro jährlich entlastet. Es gibt demnach keine Argumente, nicht sofort mit Arbeitszeitverkürzungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beginnen. Die Gewerkschaften sind aufgerufen und nachhaltig gefordert, Arbeitszeitverkürzungen wieder auf die betriebspolitische Agenda zu setzen.

Prof. Dr. rer. pol. H.-J. BONTRUP  
FH Gelsenkirchen,  
Mitglied der Arbeitsgruppe  
Alternative Wirtschaftspolitik

weitere Informationen:  
Heinz-J. Bontrup, Lars Niggemeyer,  
Jörg Melz,  
Arbeitsfairteilen  
Hamburg 2007  
VSA-Verlag  
ISBN: 978-3-89965-249-9

75,2%

65,5%

# Hintergründe, Verursacher

Die Hiobsbotschaften häufen sich, täglich Berichte über amerikanische BürgerInnen, deren Häuser zwangsversteigert werden, von Banken, die von Konkurs bedroht sind, also über die aktuelle Finanzkrise. Kann diese Krise Auswirkungen auf uns ArbeitnehmerInnen haben?

## Der Ausgangspunkt: Immobilienblase in den USA

Neoliberale Politik hat weltweit dafür gesorgt, dass das Geldvermögen der Superreichen anwächst bei gleichzeitigem Absinken der Realentgelte. Da in der Realwirtschaft infolge fehlender Massenkauflkraft flächig keine so hohen Renditen erwartet werden, ergießen sich die Geldvermögen in den Finanzmarkt und dort in immer gewagtere Spekulationsgeschäfte.

Bevorzugte Anlageform waren Immobiliengeschäfte in den USA. Von 2000 bis 2005 stiegen die Immobilienpreise in den USA jährlich um 12%. Die Banken als Geberinnen der Kredite wie als Händlerinnen der ‚hypothekenbesicherten Fonds‘ dehnten das Geschäft immer weiter aus. Mit aggressiver Kundenwerbung und immer geringeren Anforderungen an die Bonität (‚Kreditwürdigkeit‘ – was für ein Wort der Wirtschafts-,Wissenschaft – ein Mensch erweist sich dessen als würdig, von einer Bank Geld ausleihen zu dürfen ...) wurden Millionen Familien in den USA mit auf Pump finanzierten Häusern versehen, deren Kreditbedienung von vornherein auf wackligen Füßen stand. Der Anteil der ‚subprime mortgages‘ (Hypotheken minderer Bonität) stieg auf 21% eines Jahres; der Anteil dieser faulen Kredite an der gesamten US-Hypothekenkreditvergabe stieg von 3% auf 14%. Aber dies sind vage Schätzungen, denn eine genaue Übersicht hat niemand, da die Banken dazu übergegangen sind, die von ihnen an HausbesitzerInnen (wie an Firmen) ausgege-

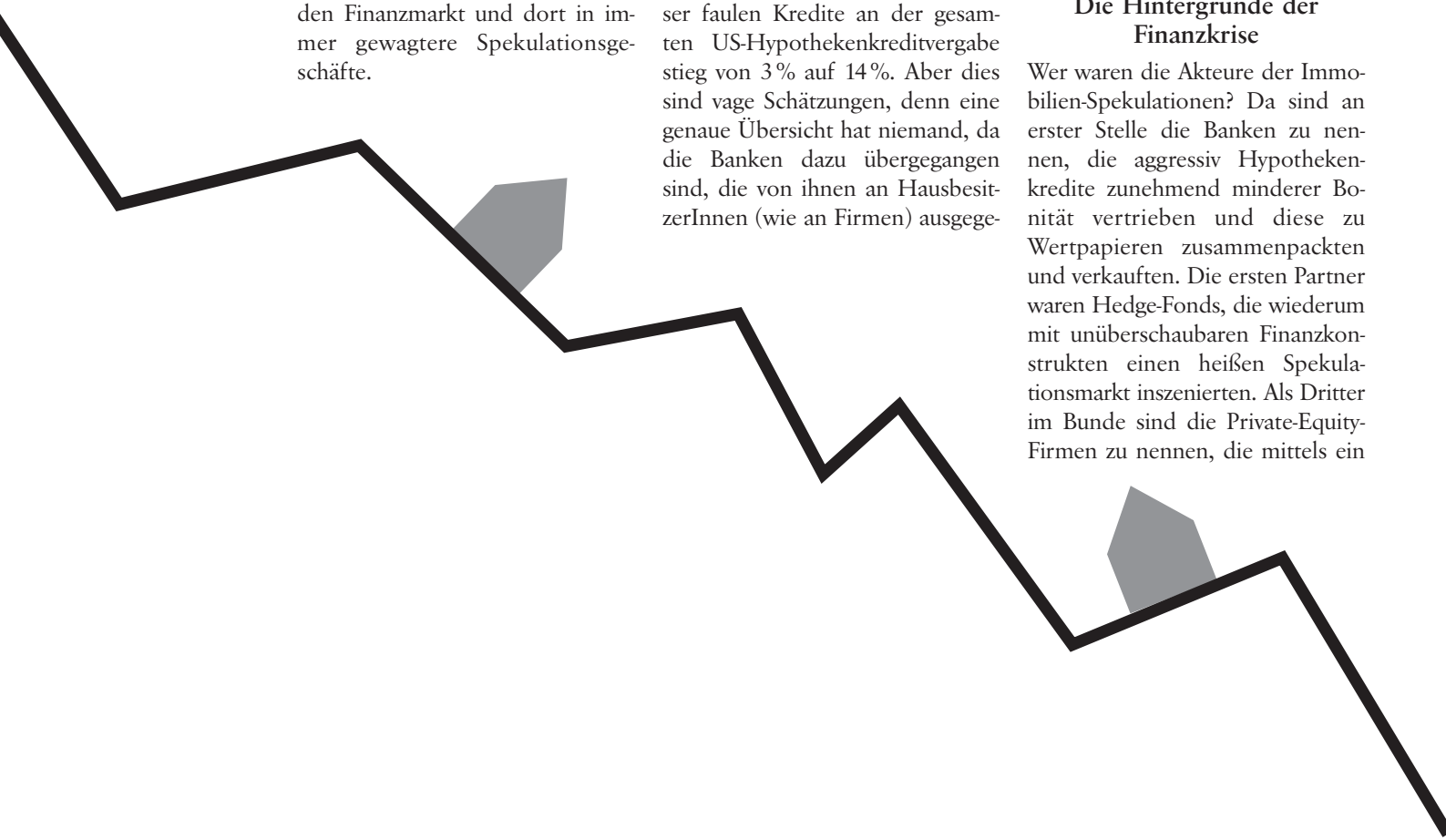
benen Kredite in eigene ‚Wertpapiere‘ zu verwandeln, zu vermischen und weiter zu veräußern.

Bereits 2006 wurden für eine Million Häuser Zwangsversteigerungen durchgeführt, da die Betroffenen ihre Hypotheken-Rückzahlungen nicht erbringen konnten, zwei weitere Millionen stehen an. Dies lag neben den ‚normalen‘ Risiken (z. B. Krankheit, Arbeitslosigkeit) häufig an den variabel gestalteten Zinsraten: aus einem vermeintlich billigen Kredit wurde nach wenigen Jahren eine drastisch höhere Belastung, die nicht mehr bedient werden konnte.

Als Rating-Agenturen Anfang Juli 2007 die Bonität vieler solcher verbrieften Kredite herunterstufen, begann der Ausverkauf der Papiere. Die Spekulanten verließen das sinkende Schiff.

## Die Hintergründe der Finanzkrise

Wer waren die Akteure der Immobilien-Spekulationen? Da sind an erster Stelle die Banken zu nennen, die aggressiv Hypothekenkredite zunehmend minderer Bonität vertrieben und diese zu Wertpapieren zusammenpackten und verkauften. Die ersten Partner waren Hedge-Fonds, die wiederum mit unüberschaubaren Finanzkonstrukten einen heißen Spekulationsmarkt inszenierten. Als Dritter im Bunde sind die Private-Equity-Firmen zu nennen, die mittels ein





# und Opfer der Finanzkrise

gesamelter Spekulationsgelder sowie Bank-Kredit in aller Welt und mit wachsendem Tempo Firmen auf- und verkauften. Weltweit verwalten diese Beteiligungsfirmer 2,2 Billionen US-Dollar (Spiegel 36/2007). Dass die Hedgefonds und sonstigen GroßspekulantInnen so eifrig nach den neuen Finanzkonstrukten griffen, lag wesentlich auch an der vorzüglich hohen Benotung durch die Rating-Agenturen, die gegen hohes Honorar der Begutachteten (!) die Kreditwürdigkeit und Profitabilität begutachteten. Die wegen ihrer geplatzten Spekulationen schon insolvente IKB-Bank erhielt von einer renommierten Rating-Agentur noch Ende Juli 2007 die höchsten Benotungen.

In der Krisensituation wurden Banken zurückhaltender und vorsichtiger mit Krediten. Es kam zur Liquiditätskrise. Die Notenbanken griffen mit Liquiditätshilfen ein, allein die Europäische Zentralbank bis zum 13. 8. 2007 mit 203,5 Milliarden Euro. Den neoliberalen HeilspredigerInnen kann es, wenn es um Verluste geht, gar nicht staatlich genug zugehen.

Mitten drin im milliarden-schweren Spekulationsgeschäft waren die deutschen Finanzdienstleister, z. B.: +Die SachsenLB gründete eine Zweckgesellschaft in Dublin/Irland, um so an den eigenen Büchern und der Bankaufsicht vorbei ungestört im heißen US-Markt spekulieren zu können. In einer Rettungsaktion räumte eine Sparkassen-Finanzgruppe der SachsenLB eine Kreditlinie von 17,3 Milliarden Euro ein.

+IKB-Bank: Ihre Großaktionärin, die staatliche Kreditanstalt für

Wiederaufbau, ließ die IKB-Bank ungestört spekulieren und musste schließlich 8,1 Milliarden Euro zuschießen, um den Kollaps der IKB-Bank zu verhindern. Ein Protest gegen die ‚Einmischung des Staates‘ war hier natürlich nicht zu vernehmen.

+Nach Zahlen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) schlummerten 2006 bei den deutschen Banken Kredit-Risiken von 188 Milliarden Euro (Hamburger Abendblatt vom 24. 9. 2007).

## Von der Finanzkrise zur Rezession?

Wird durch die Finanzkrise die nächste zyklische Rezession, die im Kapitalismus unvermeidlich ist, ausgelöst? Die ExpertInnen geben unterschiedliche Urteile ab, ganz überwiegend aber verneinen sie eine Entwicklung zur Rezession in Deutschland.

Generell kann man feststellen, dass sich die Bedingungen für Investitionen verschlechtern: schärfere Bonitätsprüfungen, höhere Kreditzinsen, sinkende Absatzerwartungen. Dem steht entgegen, dass aufgrund der Höhe der Gewinne die Investitionen größtenteils aus dem eigenen Innenfinanzierungsspielraum der Unternehmen (Cash Flow) getätigt werden.

Schwerwiegender ist insbesondere in den USA, dass infolge der Immobilien-Finanz-Krise Umsatzeinbrüche in der Bauindustrie und der Bau-Zulieferindustrie eintraten. Damit einher ging die entsprechende Arbeitsplatzvernichtung, auch im Finanzdienstleistungsbereich. Dass der private Konsum, mit gut zwei Dritteln der Gesamtnachfrage im Gefolge der Finanzkrise schwer getroffen ist, steht außer Frage.

Dass die Finanzkrise tendenziell auch Deutschland erfassen wird, ist nicht bloß eine Befürchtung, sondern Fakt. Die Gewinneinbrüche bei den Banken werden zu einem beschleunigten Beschäftigungsabbau führen. Die Konjunktur in Deutschland ist im wesentlichen durch den Export gestützt. Da die Ausfuhren in den Dollarraum etwa 40% der Gesamtausfuhren ausmachen, trifft Deutschland die sich ausdehnende Konjunkturdelle in den USA erheblich. Dazu trägt natürlich auch der zunehmend harte Euro gegenüber dem US-Dollar bei, mit der Folge, dass Exporte in den Dollarraum ständig teurer werden. Stabilisierend wirkt, dass die USA nicht mehr der einzig entscheidende Wirtschaftsraum der Welt ist, sondern Europa sowie China ganz erheblich an Gewicht gewonnen haben. Diese Probleme, die allgemeine Verunsicherung von InvestorInnen und KonsumentInnen sowie die galoppierenden Ölpreise zeigen sich in der deutschen Wirtschaftsstatistik: Im zweiten Quartal 2007 ist die Wirtschaft nur noch um 0,3% gewachsen gegenüber 1,3% Wachstum im entsprechenden Vorjahresquartal. Das Herbstgutachten vom Oktober 2007 spricht davon, dass ‚der Aufschwung eine Verschnaufpause einlegt‘.

Die IG Metall analysiert in Wirtschaft aktuell 16/2007: „Nährboden der starken Finanzmarktexpansion ist die weltweit starke Zunahme der Gewinn- und Vermögenseinkommen. Eine andere Verteilung würde Gelder in den produktiven Prozess zurückführen. Höhere Gewinnsteuern zur Deckung gesellschaftlicher Aufgaben und höhere Masseneinkommen würden über Nachfrageeffekte die Konjunktur und reale Investitionen stützen.“

WOLFGANG ERDMANN  
KBR-Vorsitzender

# Qualifizierung von AusbilderInnen

## Was bringt die Ausbildung zum Fachpädagogen für die Praxis?

Wir haben die ‚2. Magdeburger Fachkonferenz der IG Metall für das Personal in der Aus- und Weiterbildung‘ zum Anlass genommen, einige KollegInnen, die im im Berufsförderungswerk Hamburg beschäftigt sind, zu ihren Erfahrungen zu befragen. Die KollegInnen haben die Ausbildung zur/m Fachpädagogin/en für betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung zu unterschiedlichen Zeiten in Hamburg absolviert. Die IG Metall möchte die Ausbildung zum Berufspädagogen – der auf dem Fachpädagogen aufbaut – bundesweit befördern. Aus diesem Grund wurden die KollegInnen des BFW noch einmal zu ihren Erfahrungen befragt. Wir sprachen darüber wie sie nach einigem Abstand diese Ausbildung beurteilen, was diese Ausbildung für die Praxis gebracht hat, wie sie die Prüfungsaufgaben und die Prüfungssituation nach ein paar Jahren Abstand heute nachträglich empfinden. Im Gespräch waren Sabine Rothert (Ausbilderin für Großhandelskaufleute), Gabi Alex (Ausbilderin für Kaufleute im Gesundheitswesen), Burkhard Lachtrup (Ausbilder für Großhandelskaufleute) und Olaf Fönschau (Ausbilder für geprüfte HausmeisterInnen).

Gabi Alex stellt fest, dass sie für ihre alltägliche Praxis viele neue Umsetzungsideen in der Ausbildung zur Fachpädagogin erfahren hat, die sie heute gut einsetzen kann. Wichtig ist auch, dass sie heute mehr Hintergrundwissen besitzt und damit auch bewusste Entscheidungen treffen kann, die sie früher mehr aus dem Bauch heraus getroffen hat. Auch das Verständnis für den Zusammenhang von Persönlichkeitsentwicklung und Lernen hat ihr die Arbeit mit den Auszubildenden sehr erleichtert. Sie stellt fest, dass sie jetzt sehr viel entspannter auf die Auszubildenden zugehen kann und auch situationsgerecht reagiert. War sie früher leicht zu verunsichern und stellte sich selbst in Frage, so kann sie heute die Reaktionen einordnen und somit angemessen darauf reagieren.

Schade findet sie, dass auf Grund der Begrenzung der/s Fachpädagogin/en auf außer- und überbetriebliche Ausbildung die Arbeit mit Jugendlichen in der FachpädagogInnenausbildung zu kurz gekommen sei. Sie kann aber ohne Bedenken eine solche Schulung jeder/m AusbilderIn nur sehr empfehlen.

### »eine hohe Professionalität des Ausbildungspersonals kann nur von Vorteil sein«

Eine hohe Professionalität des Ausbildungspersonals kann nach ihrer Auffassung nur von Vorteil sein, einmal für die Auszubildenden, da man kompetent und fachgerecht auf sie eingehen und Konflikte wie Lernhemmnisse gemeinsam bearbeiten kann, aber auch für das Ansehen der Ausbildung im Allgemeinen kann es nur von Vorteil sein, wenn das Ausbildungspersonal hoch qualifiziert ist.

Sie geht davon aus, dass auch in der Erstausbildung die Ansprüche an das Ausbildungspersonal stei-

gen und hoch sind, für den Bereich der Rehabilitation bzw. der Ausbildung von Erwachsenen kann man das mit Sicherheit behaupten.

Sabine Rothert, die wie alle anderen am Gespräch Beteiligten, schon vor der Schulung zur Fachpädagogin in der Ausbildung tätig war, kann die Aussagen von Gabi Alex nur bestätigen. Sie stellt aber noch einmal heraus, dass es für sie besonders wichtig war, in der Schulung selbst Erfahrungen sammeln zu können, wie es ist in Gruppen zu lernen, sich selbst in der Gruppen- und Zusammenarbeit zu beobachten.

### »Handlungsorientierung war in der Schulung nicht nur ein Schlagwort, sie wurde gelebt«

Durch die Schulung wurde es für sie wieder deutlich, wie man sich als Lernender fühlt und wie gut es ist, wenn man den Zugang zu Themen über unterschiedliche Methoden findet. Handlungsorientierung war in der Schulung nicht nur ein Schlagwort, sie wurde in der Schulung gelebt. Das war deshalb so wichtig, da man dieselben Prozesse durchlebt hat, die man auch bei den Auszubildenden beobachten kann. Zu Beginn fragt man sich, was ist denn eigentlich der rote Faden, kann man mir das nicht gleich sagen. Doch heute kann man feststellen, dass es besonders und gerade in der handlungsorientierten Ausbildung einen roten Faden gibt. Die Werkzeuge, die man sich selbst erarbeitet hat, kann man anwenden und situationsgerecht hinterfragen. Man hat sie sozusagen sel-



ber durchlebt. Sabine Rothert sagt weiter, dass man dadurch auch mehr auf die Auszubildenden eingehen kann, ihre Ängste versteht und damit konkret auf ihre Bedürfnisse und Bedarfe eingehen kann. Kritik der Auszubildenden kann damit als Feedback begriffen werden und positiv in die Ausbildung zurück gespiegelt werden.

Führte Kritik früher zur Verunsicherung, kann man diese heute als notwendiges Element der Ausbildung begreifen. Durch die Ausbildung zum Fachpädagogen ist es auch viel besser möglich, die gruppendynamischen Prozesse einer Lerngruppe wahrzunehmen und diese für den Lehr-Lern-Prozess nutzbar zu machen, u. a. auch deshalb, da man diese selber durchleben durfte. Sabine Rothert fühlt sich heute in der Ausbildung viel sicherer. „Auch wenn ich vorher schon ausgebildet habe und eigentlich wusste wie es geht, hat die Ausbildung zur Fachpädagogin eine neue Sicht eröffnet und die Arbeit erheblich bereichert.“

**»die geplante BerufspädagogInnen-Ausbildung soll in enger Abstimmung mit den Hochschulen erfolgen«**

Sabine Rothert, die ein Studium der Betriebswirtschaft absolviert hat, sagt weiter, dass das Prinzip der Ausbildung zum Fachpädagogen sehr gut auch auf das wissenschaftliche Studium zu übertragen sei. Man hat gewusst, wofür man das tut und verfügt über Werkzeuge, die man selber erprobt und die an einem selbst gelebt wurden. Dass die geplante BerufspädagogInnen-Ausbildung in enger Abstimmung mit den Hochschulen erfolgen soll und einem Fachhochschulstudium fast gleich zu stellen ist, kann sie nur begrüßen. Ausbildung und Hochschulen

können davon nur lernen und ihre Strukturen bereichern.

Sabine Rothert sagt aber auch, dass sich eine solche Schulung nur für AusbilderInnen lohnt, mit mehr als nur einem Auszubildenden und die die Ausbildung als ihren Tätigkeitsschwerpunkt sehen. Ansonsten bleibt das, was man gelernt hat, wertlos und wird schnell vergessen. Ausbildung wie sie im Fachpädagogen vermittelt wurde, lebt von Gruppenprozessen und deren Nutzung für den Ausbildungserfolg.

**»die Vielfalt der Methoden ergänzt Handlungsmöglichkeiten«**

Olaf Fönschau, Meister Klimatechnik, stellt fest, dass er in seiner Meisterschule auch Pädagogik gelernt hat, aber natürlich nicht als Schwerpunkt. Er hatte jedoch das Glück, dass sein Ausbilder in der Meisterschule sehr engagiert war und er da schon viel gelernt hat. Da es sich um einen Handwerksmeister handelte, stand die 4-Stufen-Ausbildung im Vordergrund. Auch er selber ist in der Ausbildung mit der 4-Stufen-Ausbildung groß geworden. So stand er am Anfang der Ausbildung sehr skeptisch gegenüber. Für ihn stellte sich die Frage, ob dieser ganze pädagogische Überbau überhaupt notwendig sei. Da er diese 4-Stufen-Ausbildung gewohnt war, fand er die Ausbildung zum Fachpädagogen zu Beginn sehr zäh und einen roten Faden konnte er für sich nicht erkennen. Doch heute muss er feststellen, dass es sehr gut war, sich dieser Herausforderung gestellt zu haben. Die Vielfalt der Methoden, das sich selbst Erarbeiten von Inhalten und das Erproben in ungewohnten

Lernsituationen hat seine Handlungsmöglichkeiten sehr ergänzt. Als gestandener Handwerker muss man sich schon umstellen, wenn nicht die Fachinhalte im Vordergrund stehen, da fühlt man sich sicher, sondern die Pädagogik. Doch gerade das macht den Reiz dieser Fortbildung aus, man muss sich selbst wieder in ungewohnten Situationen erproben und kennen lernen, man weiß damit auch, was man seinen Auszubildenden tagtäglich zumutet und wie sie sich fühlen. Das wiederum erleichtert es, Verständnis für die Reaktionen zu entwickeln und man besitzt Werkzeuge, um angemessen darauf reagieren zu können. Aus diesem Grund kann man nur jeder/m MeisterIn und schon gestandenen AusbilderInnen empfehlen, eine solche Ausbildung zu machen. Olaf Fönschau macht deutlich, dass er sich heute mehr denn je als Ausbilder fühlen kann. Neben dem Meister hat er ein zweites Standbein erworben, er ist geprüfter Ausbilder. Ähnlich wie die anderen findet er es als Fehler, dass der betriebliche Teil nicht in der Ausbildung zum Fachpädagogen repräsentiert war.

**»in der Rolle des selbst lernenden wurde deutlich, wie wichtig und einflussreich ein Werkzeugkoffer der Pädagogik ist«**

Das Arbeiten mit Jugendlichen in den betrieblichen Strukturen hätte die Ausbildung erheblich bereichert. Er kann also nur hoffen, dass die Ausbildung zum Berufspädagogen in Zukunft eine Zusammenführung der Ausbildung von Erwachsenen und Jugendlichen beinhaltet, beide Seiten können dabei viel voneinander lernen und ihr Wissen ergänzen und bereichern.

Fortsetzung auf Seite 10

## Fortsetzung von Seite 9

Burkhard Lachtrup, HWP-Studium und vor seiner Zeit im BFW in der ‚normalen‘ Erwachsenen Fort- und Ausbildung tätig, erklärt, dass er eigentlich nur sehr widerwillig diese Ausbildung zum Fachpädagogen absolviert hat. Was soll ihm eine solche Ausbildung noch bringen, er war doch schon erfahren genug. Der Beweggrund diese Ausbildung über sich ergehen zu lassen, war das man damit im Rahmen des Tarifvertrages eine Höhergruppierung erreichen konnte.

Burkhard Lachtrup sagt wörtlich, da war schon ein ganzes Stück Arroganz im Spiel. Eigentlich nur die Zeit absitzen und dann mehr Geld kassieren. Doch es kam ganz anders.

**»durch den Fachpädagogen wurde das eigene Handeln klarer und das man sich kaum hinterfragt hat«**

In der Schulung wurde deutlich, dass ich mit meiner vermeintlichen Fachkompetenz nur einen Teilbereich der Pädagogik abdecken kann. In der Rolle des selbst lernenden wurde deutlich, wie wichtig und einflussreich ein Werkzeugkoffer der Pädagogik ist. Es wurden die Prozesse deutlich, die sich hinter dem Lernen verbergen, welchen Einfluss Gruppenprozesse und Gruppendynamik auf das Lernen haben. Neben dem praktischen eigenen Erfahrungen war die Vermittlung der theoretischen Hintergründe für Burkhard Lachtrup von besonderer Bedeutung. Durch den Fachpädagogen wurde das eigene Handeln klarer und auch, dass man bis dato sich kaum selbst hinterfragt hatte. Was man seit Jahren getan hatte, dass konnte ja keinesfalls falsch gewesen sein.

Nun wurde das in der Schulung auch nicht als falsch angesehen, sondern mit der schlichten Frage versehen, was gäbe es denn noch an anderen Möglichkeiten. Das war der Schlüssel, dass man sich selber betrachten konnte und nun über einen Strauß von unterschiedlichen Möglichkeiten verfügt. Das man das nun auch alles in einer handlungsorientierten Schulung erfuhr, was mehr als hilfreich.

**»die Methode muss zum Inhalt passen und ein Methodenwechsel ist für den Lernzugang sehr wichtig«**

Es wurde in dieser Schulung keine Methode verteufelt, also auch nicht die 4-Stufen-Methode, es wurde nur deutlich, dass die Methode zum Inhalt passen muss und dass ein Methodenwechsel für den Lernzugang sehr wichtig ist.

Burkhard Lachtrup stellt heraus, dass er sich heute sehr bewusst für eine Methode entscheidet, dass er Gruppenprozesse ganz anders und bewusster einschätzen kann und sich damit auch bewusster verhält. Sich selbst in der Ausbildung zurücknehmen, Kritik annehmen, aufnehmen und verarbeiten, dass hat diese Schulung vermittelt. In der Praxis nach der Schulung habe ich erfahren, dass dieses einen hohen Wert hat. Im kaufmännischen Jargon kann man sagen, die Kritik ist eine Wertschöpfung in der Ausbildung, die ich heute nicht mehr missen möchte.

**»das Spektrum der Einsatzmöglichkeiten ist viel größer, allein das ist schon ein Wert an sich«**

Von der anfänglichen Skepsis ist nichts mehr übrig. Heute kann Burkhard Lachtrup eine solche Schulung nur jedem empfehlen, auch wenn daraus nicht sofort eine Höhergruppierung werden sollte. Das Spektrum der Einsatzmöglichkeiten ist viel größer, allein das ist doch schon ein Wert an sich.

IN EIGENI

## Lesen, was sonst?

Eine neue PISA-Studie bei SchülerInnen hat ergeben, dass es um das Lesen bei unserem Nachwuchs gar nicht so schlecht bestellt ist. Wie sieht das eigentlich bei uns selber aus?

Auf einen ersten Blick kann man da die Vermutung haben, dass das mit der Lesebereitschaft bei uns als GewerkschafterInnen nicht mehr so weit her ist. Viele Print-Produkte mussten die Produktion einstellen, davon sind auch wir als Forum-Lehmann betroffen.

„Bild“ bildet. Das ist das geflügelte Wort der größten Tageszeitung in Deutschland. Doch da dürfte der Schein doch mehr als trügen. Die anspruchsvolleren Tageszeitungen haben einen herben Einbruch bei den Auflagen in den letzten Jahren verzeichnen müssen. Nur die sogenannte Boulevard-Presse hat einen Aufschwung. Ist doch auch toll, wenn wir kurz und knapp über das Wichtigste in der Welt informiert werden. Da muss man nicht so viel nachdenken und die Lösung wird meistens auch schon mitgeliefert. Denken leicht gemacht? Hier muss doch aber die Frage gestattet sein, ob diese Art

IN EIGENI

# Arbeitsqualität

## aus Sicht von jungen Beschäftigten unter 30 Jahre

von Denken uns fördert und voran bringt. Ich befürchte eher nicht. In der Geschichte der Arbeiterbewegung waren wir immer dann stark, wenn wir uns gebildet haben. Wir waren immer dann stark, wenn wir über Alternativen inhaltlich auf einem hohen Standard gestritten haben und uns in der Gesellschaft mit unserer Meinung platzieren konnten.

Nehmen wir uns ein Beispiel an den von uns so oft gescholtenen SchülerInnen. Fangen wir wieder intensiv an zu lesen und uns umfassend zu bilden. Erst dann sind wir auch gewappnet nicht auf jedes einfache Argument der anderen Seite hereinzufallen. Wir wollen mit dem Forum deshalb so viel wie möglich Informationen liefern und dafür brauchen wir auch Euch. Wer von Erfahrungen profitieren soll, der muss diese mitteilen. Tue Gutes und schreibe darüber. In diesem Sinne erhoffen wir uns für das Jahr 2008 eine gute Unterstützung von allen, die zukünftig wieder mehr lesen und sich eine eigene Meinung bilden wollen. Natürlich darf man auch am Rechner lesen, also auch hier die Netzwerke und die Kontaktmöglichkeiten nutzen.

Wenn wir dieses als Vorbild auch unserem Nachwuchs zeigen, wird der positive Trend beim Lesen der jungen Schüler nur der Anfang sein.

REDAKTION

Felix Weiterhagen, der bei Siemens im Schaltwerk arbeitet, 30 Jahre alt und Betriebsratsmitglied ist, sagt laut taz vom 29. November zur Arbeitssituation junger Beschäftigter folgendes; „Kollegen werden zwischen befristeten Ver-

### Zukunftsangst

trägen und Leiharbeit hin- und hergeschoben, auch wenn sie seit sieben Jahren im Betrieb sind. Das führt zu Frust und Zukunftsangst.“

### Lernen

Diese Aussage wird durch eine Studie des DGB vom November 2007 eindeutig bestätigt. Nur 11% der Auszubildenden und jungen Beschäftigten haben einen Arbeitsplatz, der von ihnen umfassend als positiv beschrieben wird. Positiv gelten in diesem Zusammenhang Arbeitsplätze, die ein ausreichendes Einkommen sicherstellen, die nicht zu Über- bzw. Fehlbelastun-

### ausreichendes Einkommen

gen führen, die ein hohes Maß an Entwicklungs-, Einfluss- und Lernmöglichkeiten sicherstellen sowie von guten sozialen Beziehungen geprägt sind.

Das ist ein Ergebnis, dass uns alle erheblich zum Nachdenken anregen sollte. Gerade von dem Nachwuchs hängt der Erfolg der Wirtschaft und damit auch dieser Gesellschaft ab. Gute Arbeit ist kein Selbstzweck, gute Arbeit ist ein Ziel aller gewerkschaftlichen Bemühungen.

### Fehlbelastung

So ist es mehr als aufbauend, dass von den jungen KollegInnen eine hohe Bereitschaft geäußert wird, sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu engagie-

ren. 77% der Beschäftigten unter 25 Jahre und sogar 81% der KollegInnen zwischen 25 Jahre und 30 Jahre können sich gut vor-

### Einfluss

stellen, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Dieses ist ein deutlich höherer Prozentsatz als er bei älteren KollegInnen zu verzeichnen ist. Diese Bereitschaft gilt es zu nutzen. Als ein sehr wichtiger Bereich wird die Weiterbildung eingeschätzt, danach folgt die Bereitschaft sich für Einkommensverbesserungen zu engagieren. Und auch eine starke Bereitschaft zur Verbesserung des sozialen Klimas ist zu verzeichnen.

### Betriebsklima

Diese Untersuchung des DGB sollte für uns alle ein Anreiz sein, die Bedingungen, die von Felix Weiterhagen beschrieben werden, so nicht mehr zu akzeptieren. Als Betriebsrat, als Vertrauensfrau/-mann und als KollegIn sollten wir uns bemühen, die vorhandene Bereitschaft in konkretes Handeln zu verwandeln. Machen wir deutlich, was es bedeutet, wenn das

### Überbelastung

Betriebsklima besonders bei den Jüngeren in den Keller geht. Nutzen wir Veranstaltungen, wie den aktuellen Wahlkampf in Hamburg, um diese Themen publik und deren Auswirkungen deutlich zu machen.

### Entwicklung

*Diese Studie kann als Kurz- oder Langfassung auf der Internetseite des DGB ([www.dgb.de](http://www.dgb.de)) als pdf-Datei abgerufen werden.*

REDAKTION

# Roter Teppich für Heuschrecken

Wir alle haben einen Personalausweis. Von der Bundesdruckerei in Berlin. Bis 2000 war sie in staatlicher Hand. Dann wurde das Unternehmen privatisiert. Vom damaligen Finanzminister Eichel. Verkauft an Apax, ein Private Equity-Unternehmen, trotz monatelangem massiven Widerstand der Belegschaft und der Gewerkschaften.

Apax hat sich einen Großteil des Kaufpreises durch die Bundesdruckerei bezahlen lassen. Dadurch stieg die Verschuldung des kerngesunden Unternehmens massiv. Die Planung von Apax: 30% jährliche Rendite. Und nach zwei bis drei Jahren sollte verkauft werden. Nach einem Jahr geriet die altherwürdige Bundesdruckerei jedoch ins Schlingern. 2002 stand sie kurz vor der Pleite. Apax verschwand über Nacht. Und die Hessisch-Thüringische Landesbank – die Haupt-Gläubigerin – übernahm die Bundesdruckerei.

Vor allem die Belegschaft musste bluten. Von 2000 Beschäftigten behielten nur 1200 ihren Arbeitsplatz. Und diese mussten erhebliche Einschnitte in dem ehemaligen guten Haustarifvertrag hinnehmen.

## Gier in Reinkultur

Ähnliches lässt sich aus vielen Unternehmen berichten. Häufig mit noch einschneidenderen Folgen für die Beschäftigten. Immer geht es um abenteuerliche Rendite. Immer werden Menschen brutal nur als Kostenfaktor behandelt. Das Prinzip des ‚Geldmachens‘, der maximalen Rendite wird auf den Finanzmärkten zur alles entscheidenden Triebkraft. 20 oder 30% – das sind häufig die Vorgaben im Shareholder-Value-Kapitalismus. Morgen vielleicht schon 40 oder 50%? In einzelnen Unternehmen mag das zeitweise sogar durchsetzbar sein. Für die gesamte Wirtschaft wären derartige Renditen nur mit einer unrealistischen Steigerung der Pro-

duktivität möglich. KapitalanlegerInnen und FondsmanagerInnen interessiert das nicht.

Der Druck nimmt in dem Maße zu, wie die Finanzmärkte ‚liberalisiert‘ wurden und werden. Er steigt in dem Maße weiter, wie immer mehr Geld in die Finanzmärkte fließt. Als Resultat beständig verschärfter Umverteilung von unten nach oben. Das ist der Teufelskreis: Die Einkommen stagnieren, die steigenden Profite fließen immer mehr in die abgehobene Finanzsphäre und suchen nach immer profitableren Anlagemöglichkeiten. Dies erhöht die Rückwirkung auf Betriebe und Beschäftigte. Es droht, dass die Einkommen morgen nicht nur stagnieren, sondern sinken und Profite noch stärker steigen. Dieser Zusammenhang ist FinanzmarktmanagerInnen gleichgültig. Es ist für sie belanglos, dass ihre immer maßloseren Renditevorgaben weitere massive Verschlechterungen für die Beschäftigten zur Folge haben. Sie machen Druck. Auf Teufel komm‘ raus.

## Krokodilstränen der PolitikerInnen

Auch PolitikerInnen entgeht der zunehmende Druck des Shareholder-Value-Kapitalismus auf die Menschen nicht. Das von Franz Müntefering im Mai 2005 gezeichnete Bild von den Heuschrecken hat sich eingepträgt.

Seine Kritik war jedoch heuchlerisch. Rot-Grün hat mehrfach Unternehmen privatisiert und sie Private-Equity-Unternehmen oder anderen FinanzinvestorInnen überlassen – wie im Fall der Bundesdruckerei, der Postunternehmen oder bei der beabsichtigten Privatisierung der Bahn. Und Rot-Grün hat den Heuschrecken den roten Teppich ausgerollt. Das bekannteste Beispiel: Ende 2000 wurde die Steuerpflicht für Gewinne aus dem Verkauf von Unternehmensanteilen aufgehoben. Damit ist das Geschäft von FinanzinvestorInnen erst richtig profitabel ge-

worden. 2004 folgte die Zulassung der Hedge-Fonds in Deutschland. Gleichzeitig wurde den Private-Equity-Fonds weitere Steuererleichterungen gewährt.

Der Finanzplatz Deutschland müsse weiter gestärkt werden, so die Begründung. Diese wird selbst heute noch aufrechterhalten. Die Finanzmarktexpertin der SPD-Fraktion Nina Hauer wähnt sich „Auf der Höhe der Zeit“ – so ihr Aufsatz in dem gleichnamigen Buch: „Die Konzentration auf den Bankkredit führt zu einer Abhängigkeit [...], die der wirtschaftlichen Entwicklung nicht gut bekommt. [...] Vielmehr ist eine stärkere Finanzierung der Unternehmer – auch der kleinen – über den Finanzmarkt wünschenswert.“ Ein kritische Sichtweise findet sich dann eher bei ausländischen SozialdemokratInnen. „Die Deutschen waren mit ihrer Re- und Deregulierung ein wenig naiv. Man glaubte, dass die Reduzierung der Bankenbeteiligung an Unternehmen eine höhere Effizienz und ein reibungsloseres Finanzumfeld schaffen würden. Aber der Preis bestand darin, alle Schleusen für die Unterwanderung des Rheinischen Kapitalismus und der Stakeholder-Philosophie zu öffnen.“ So Poul Nyrup Rasmussen, ehemaliger dänischer Premierminister und Vorsitzender der Sozialdemokratisch-sozialistischen Partei Europas in der Zeitschrift Mitbestimmung im August 2007.

In Deutschland besteht kein Mangel an Eigenkapital, der besondere Anreize für ausländische InvestorInnen erfordern könnte. Deutsche Unternehmen konnten 2005 ihren Finanzierungsbedarf zu fast 90% aus eigenen Mitteln decken, so die Bundesbank. Die erwirtschafteten Beträge waren sogar höher als die Sachinvestitionen.

Auch die Vorstellung Private-Equity-Fonds wären wichtig um Wagniskapital für High-Tech-Neugründungen zur Verfügung zu stellen, geht an der Realität vorbei. Gerade einmal sechs Prozent ihrer



Ausgaben investierte die Private-Equity-Branche 2006 in Start-ups. 90% des Anlagevolumens diente zum Aufkauf großer und bereits bestehender Firmen. In Deutschland wird Risikokapital von der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder den Landesbanken bereitgestellt. Oder von der staatlichen Forschungsförderung, die gerade für kleine und innovative Unternehmen gezielt ausgebaut werden sollte.

### Den roten Teppich immer weiter ausrollen

Auch in der großen Koalition werden weiterhin Gesetze zu Gunsten von FinanzmarktakteurInnen gemacht. Zum Beispiel hat die Merkel-Regierung Fonds zur steuerbegünstigten Immobilienspekulation zugelassen – die sogenannten REITs.

Damit nicht genug: Seit Sommer 2007 bereitet Steinbrück ein neues ‚Wagniskapitalbeteiligungsgesetz‘ vor. Private-Equity-Fonds werden damit als rein vermögensverwaltend eingestuft. Obwohl dies im Widerspruch zu ihrer offensichtlich gewerblichen Tätigkeit steht. Damit würden der Branche massive Steuervorteile eingeräumt. Statt Wagniskapital zu mobilisieren, läuft es nach Professor Jarras eher auf ein ‚Private Equity-Förderungsgesetz‘ hinaus. Gleichzeitig hört man immer wieder sorgenvolle Bemerkungen der Kanzlerin oder des Finanzministers. Die ‚Transparenz‘ müsse verbessert werden. Aber alles sei schwierig, da die Finanzmärkte international seien. Und Peer Steinbrück bekräftigt in Monitor im Juli 2007: „Sie werden nicht national irgendetwas regulieren oder kontrollieren können vor dem Hintergrund eines globalisierten Finanzmarktes.“

Sicher, der ‚globalisierte Finanzmarkt‘ bedarf europäischen, letztlich internationalen Vereinbarungen zur Regulierung. Aber die Position von Steinbrück ist heuchlerisch. Denn national besteht

sehr wohl Handlungsspielraum. Die vielfältigen nationalen Gesetze für die Heuschrecken belegen dies. Für unser Land wäre es besser, wenn die Regierungen sie nicht gemacht hätten. Wenn national im Alleingang und ohne Not der rote Teppich für Heuschrecken ausgerollt wurde, dann kann man ihn national auch wieder einrollen. Vereinzelt wissen selbst SPD-Abgeordnete, dass „den Nationalstaaten, zumindest vorläufig, eine entscheidende gestalterische Aufgabe zufällt,“ so Ortwin Runde und Florian Pronold. Die FinanzinvestorInnen können in ihren Aktionsmöglichkeiten eingeschränkt und ihre Erträge besteuert werden, anstatt sie wie bisher durch besondere Vergünstigungen zu fördern.

### Nationale Handlungsmöglichkeiten

Das Wichtigste ist die Wiedereinführung der Steuerpflicht auf Gewinne aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen. Der Verkauf von Betriebsimmobilien und von sozial geförderten Wohnungen darf ebenfalls nicht steuerlich begünstigt werden. REITs und Private-Equity-Fonds dürfen nicht von Unternehmen- und Gewerbesteuern befreit sein.

Das Geschäft der Heuschrecken basiert immer darauf, dass Firmen zum überwiegenden Teil mit Krediten gekauft werden. Diese werden dann auf die übernommenen Unternehmen übergewälzt. Hohe Zinslasten führen so häufig bei ehemals kerngesunden Unternehmen zur Pleite und zum Verlust von Arbeitsplätzen, wenn die optimistischen Pläne nicht voll erfüllt werden. Deshalb müsste der KäuferInnen verpflichtet werden, den Kaufpreis aufzubringen. Das übernommene Unternehmen darf nicht belastet werden. Sonderausschüttungen an die EigentümerInnen – also an den Private-Equity-Fonds –, die durch Kredite finanziert werden, sind zu beschränken. Weshalb sollten die Aktionärsstimmrechte nicht wie in Frankreich gestaltet werden? Das Stimmrecht auf Hauptversammlungen wird dort an eine Mindesthaltedauer von einem Jahr gebunden. So wird eine langfristige und nachhaltige Unternehmenspolitik unterstützt. Und die Beschäftigten, ihre Betriebsräte und Aufsichtsräte brauchen bessere

Fortsetzung auf Seite 14



### Fortsetzung von Seite 13

Kontrollmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte bei der Übernahme und Auslagerung von Unternehmen.

#### Sozialstaat stärken

Das Wuchern der internationalen Finanzmärkte wird gespeist durch einen Überschuss an Geldkapital, das möglichst profitable Anlagen sucht. Die Umverteilung von unten nach oben hat den Unternehmen und den Reichen gewaltige Zuwächse beschert, die gewinnbringend angelegt werden wollen. Gleichzeitig werden durch die Kürzung der gesetzlichen Rentenansprüche die Beschäftigten genötigt, immer mehr Geld in private kapitalgedeckte Altersvorsorge zu stecken – sofern sie es sich leisten können. Die Versicherungskonzerne machen Druck zum Abbau der Sozialversicherungen, um die Beitragsgelder in ihre Kassen zu lenken. Auch diese Gelder müssen angelegt werden.

Die gesetzlichen Sozialversicherungen müssen gestärkt werden, statt sie immer weiter zu demonstrieren. Dabei muss das bewährte und sichere Umlageverfahren beibehalten werden, statt die soziale Absicherung kapitalgedeckt immer mehr den Risiken der Finanzmärkte auszusetzen. Das gilt nicht nur für die Rente, sondern auch für die Kranken- und die Pflegeversicherung.

#### Privatisierung stoppen

Die Suche nach neuen Anlagefeldern für die wachsenden Kapitalmassen ist auch eine Haupttriebkraft für die Privatisierung. Mit Energie- oder Wasserversorgung, Verkehr, Müllentsorgung, Krankenhäusern, Wohnungen wollen Konzerne und Finanzinvestoren hohe und von der öffentlichen Hand garantierte Renditen erwirtschaften. Sogar Gefängnisse, Bildungseinrichtungen und Stadtverwaltungen wollen sie privat betreiben.

Teilweise wurde und wird öffentliches Vermögen an private Konzerne geradezu verschleudert. So

soll die Privatisierung der Bahn vier bis sieben Milliarden Euro erbringen. Laut amtlicher Statistik hat die Bahn jedoch ein Vermögen von etwa 180 Milliarden Euro.

Die Lasten der Privatisierung tragen die Beschäftigten und die Bevölkerung. Einkommen und Arbeitsbedingungen werden verschlechtert, Leistungen abgebaut und Preise erhöht, demokratische Einflussmöglichkeiten beseitigt. Besonders sozial Benachteiligte können sich viele Angebote nicht mehr leisten.

Die Regierungen Kohl, Schröder und Merkel haben durch Steuer-senkungen zugunsten von Unternehmen und Vermögenden die öffentlichen Einnahmen beschnitten und damit den Druck in Richtung Privatisierung erhöht. Durch massive Senkungen der Unternehmensteuern und andere Gesetzesänderungen haben sie privaten Investoren ‚geholfen‘, öffentliche Unternehmen aufzukaufen.

Kürzungen und Privatisierungen im öffentlichen Dienst müssen gestoppt oder sogar rückgängig gemacht werden. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist für die Menschen da und nicht damit Unternehmen möglichst hohe Profite erwirtschaften können. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in Zukunftsaufgaben und mehr Personal, für Bildung und soziale Dienstleistungen, für ökologischen Umbau. Mit jährliche 40 Milliarden Euro mehr Ausgaben können eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden.

#### Umverteilung umkehren

Die Umverteilung von unten nach oben muss endlich gestoppt werden. Wir brauchen wieder kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen, die zumindest die Preis- und Produktivitätssteigerungen ausgleichen.

Höhere Einkommen bedeuten mehr Kaufkraft und mehr Nachfrage. Dann lohnen sich auch vermehrte Investitionen in zusätzliche Produktionsanlagen und Arbeitsplätze. Das Geld fließt wieder verstärkt in die inländische Produk-

tion statt auf internationale Finanzmärkte.

Es muss Schluss sein mit einer Politik, die den Gewerkschaften Knüppel zwischen die Beine wirft. Nur so werden höhere Löhne und Gehälter wieder durchsetzbar sein und Lohndumping gestoppt werden können. Die wichtigsten Forderungen sind dabei ein gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 7,50 Euro je Stunde und die Zurückdrängung von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung. Das Arbeitslosengeld II muss erhöht und der Zumutbarkeitsschutz bei Arbeitsangeboten an Erwerbslose wieder hergestellt werden.

Wir sind dem Finanzkapitalismus nicht wehrlos ausgeliefert. Wenn Druck gemacht wird, können die Heuschrecken unter Kontrolle gebracht werden. Durch stärkere Regulierung der Finanzmärkte und der Fonds-Aktivitäten, durch höhere Besteuerung ihrer Gewinne, durch Stärkung des Sozialstaats und des öffentlichen Sektors, durch höhere Einkommen für die Beschäftigten, statt für die Fonds und ihre ManagerInnen.

Mit nationalen Schritte muss begonnen werden, die Heuschrecken auf Diät zu setzen!

---

MICHAEL SCHLECHT



## Lesetipp

Der letzte Tag des  
Präsidenten

Randa und Alwan sind ewig verlobt. Heiraten können sie sich nicht leisten. Unter dem Regime von Sadat verdienen viele Menschen in Ägypten – mit zum Teil zwei Jobs – nicht genug, um ein vernünftiges Leben zu gestalten. Es brodelt unter der Oberfläche.



Zermürrt von diesem Leben entschließen sich die Beiden, sich zu trennen und allein ihr Glück zu suchen. In diese Zeit fällt nun das Attentat auf Sadat, der auf der großen Siegesparade in Kairo erschossen wird. Dieses Attentat verändert auch das Leben von Randa und Alwan radikal.

Nagib Machfus hat hier in einer Weise das Schicksal der Beiden mit dem politischen Umfeld verbunden, dass man sich diesem nicht entziehen kann. Ein schönes und absolut lesenswertes Buch.

Nagib Machfus  
Der letzte Tag des Präsidenten  
Unionsverlag  
ISBN 3-293-20448-9  
Preis 7,50 Euro

## Lesetipp

## Die Warnung

Simon Laub ist verliebt und nicht nur das: Er steht zum ersten Mal mit seiner Basketball-Schulmannschaft in einem wichtigen Endspiel. Doch dann entdeckt er vor einem Fotografen-Laden, wo er Bilder für seine Mutter abholen soll, eine abgetrennte Hand. Damit beginnt eine aufregende und spannende Geschichte: Da sind die Warnungen des Fotografen, die Entdeckung, dass seine Mutter einer obskuren Bruderschaft angehört, da ist die Tochter des Propheten dieser Bruderschaft und da ist der plötzliche Tod des Fotografen.

Eine spannende Geschichte, die zwar für Jugendliche geschrieben ist, die aber auch Erwachsene in



ihren Bann zieht.

Jürgen Banscheraus  
Die Warnung  
Arena-Verlag  
ISBN 3-401-05595-X  
Preis: 13,95 Euro (geb. Ausgabe)  
6,50 Euro (Taschenbuch)

## Lesetipp

## Erinnerung an die Toten

In der Wüste zwischen Mexiko und den USA gräbt Miguel Angel Morgado nach den Verbindungen zwischen den Skandalen von ges-



tern und den Affären von heute. Menschenleben zählen nicht viel an der Grenze zwischen der reichen und der armen Welt. Aber Morgado gibt den Opfern eine Stimme, faule Kompromisse kann man bei ihm nicht kaufen. Wenn die Mächtigen versuchen, ihn auf ihre Seite zu ziehen, erregt dies Morgados Misstrauen erst recht – gegen korrupte Politiker genauso wie gegen angeblich aufrechte Anti-Drogen-Kämpfer.

Ein Buch, dass ich schwer zu lesen fand. Es ist nicht immer leicht dem Inhalt zu folgen. Wenn man sich aber einmal eingelesen hat, lernt man viel über die Gesellschaft und die Probleme Mexikos und der Nachbarschaft zu den reichen USA.

Gabriel Trujillo Muñoz  
Erinnerung an die Toten  
Unionsverlag  
ISBN: 978-3-293-00378-1  
Preis: 14,90 Euro

